



BUNDESHAUSHALT 2016 BESCHLOSSEN

Zum dritten Mal in Folge: „Die Schwarze Null steht!“

Solidität, Solidarität, Stabilität, Sicherheit – das sind die Markenzeichen der von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB geführten Bundesregierung. Auch im kommenden Jahr wird es einen ausgeglichenen Haushalt geben. 316,9 Milliarden Euro gibt der Bund 2016 insgesamt aus – und das, ohne neue Schulden zu machen. Denn die Schwarze Null steht – zum dritten Mal in Folge. Mehr Mittel fließen vor allem in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau sowie in Bildung und Forschung. Auch zur Bekämpfung der Fluchtursachen wurden deutlich mehr Gelder bereitgestellt. Die Bundesregierung vergisst bei alledem aber nicht diejenigen, die unsere Hilfe brauchen: die Pflegebedürftigen, die Kranken. In den vergangenen Wochen hatte der Bundestag bereits eine Krankenhausreform sowie umfangreiche Verbesserungen in der Pflege und Palliativversorgung beschlossen. Die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern führt beim Bund zu Mehrbelastungen von gut 7,8 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Kosten werden zu einem großen Teil aus

einer Rücklage finanziert, die sich aus einem Überschuss des laufenden Jahres in Höhe von 6,1 Milliarden Euro ergibt. Vor allem im Haushalt des Bundesinnenministeriums ist der Bedarf an Geldern angesichts der Flüchtlingsproblematik gestiegen. Gegenüber dem Regierungsentwurf stieg die Summe um rund eine Milliarde Euro. Ein großer Teil des Geldes kommt der inneren Sicherheit zu Gute. Dem Innenministerium und seinen Behörden stehen somit die Mittel für fast 5.460 neue Stellen zur Verfügung. Davon profitiert an erster Stelle das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit 4.000 Stellen. 1.568 zusätzliche Stellen erhält die Bundespolizei. Sie soll bis 2018 sogar insgesamt 3.000 neue Mitarbeiter einstellen können. Mehr Geld für Material und Beschaffung bekommen auch das Technische Hilfswerk (THW) und das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. **Auch der Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim profitiert vom Bundeshaushalt 2016. Eine Übersicht der Finanzierungsmaßnahmen finden Sie auf Seite 7 dieser Ausgabe.**

*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!*

Anfang Dezember hat der Bundestag den Weg frei gemacht für den Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates in Syrien. Im Rahmen einer internationalen Allianz von 64 Staaten leisten wir damit einen richtigen und wichtigen Beitrag im Kampf gegen den IS-Terrorismus. Zugleich senden wir ein Signal der Solidarität mit unseren französischen Freunden nach den abscheulichen Anschlägen in Paris.

Deutschland wird vor allem Aufklärungs- und Tankflugzeuge bereitstellen. Darüber hinaus entsenden wir eine Fregatte als Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle und stellen zusätzliches Personal zur Unterstützung der Stäbe und Hauptquartiere. In Syrien wie bereits im Irak ist der Einsatz auch militärischer Mittel gegen die menschenverachtende Terrororganisation des IS in der aktuellen Situation richtig und notwendig.

Uns ist aber klar, dass wir diese Herausforderung nicht allein mit militärischen Mitteln bewältigen können. Deshalb wird Deutschland die diplomatischen, humanitären und entwicklungspolitischen Anstrengungen weiterführen und verstärken. Die Einigung der Syrien-Konferenz in Wien auf einen Fahrplan für einen politischen Übergangsprozess in den nächsten 18 Monaten ist dabei ein ermutigendes Signal. Wir müssen alles daran setzen, die nächsten Schritte hin zu einem Waffenstillstand, einer Übergangsregierung und einem besseren humanitären Zugang für Hilfsorganisationen schnellstmöglich umzusetzen. Die Menschen in Syrien brauchen wieder eine Perspektive auf ein besseres Leben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Koschylek



FRANKEN-SACHSEN-MAGISTRALE

Mut zum Lückenschluss



Unter Teilnahme zahlreicher Bundestags- und Landtagsabgeordneter sowie Bürgermeistern aus Ober- und Unterfranken, Vertretern des Sächsisch-Bayerischen Städtenetzes, der Interessengemeinschaft Elektrifizierung Nürnberg/Bayreuth-Cheb sowie Vertretern der IHK für Oberfranken, der HWK Oberfranken, sowie Vertretern aus Karlsbad und Cheb fand in der IHK Oberfranken eine Konferenz zur Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale statt. Dabei informierten Hugo Gratzner, Unterabteilungsleiter im Bundesverkehrsministerium und Stefan Schell von der Bayerischen Obersten Baubehörde über den aktuellen Stand im Hinblick auf den neuen Bundesverkehrswegeplan. Koschyk erklärt hierzu wörtlich: „Die Konferenz zur Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale zeigt einmal mehr, mit welcher Geschlossenheit sich die gesamte Region für den ‚Lückenschluss‘ der Magistrale im Hinblick auf den Bundesverkehrswegeplan 2015 einsetzt.“

KONSTRUKTIVES GESPRÄCH

MdB trifft THW



Das Parlamentarische Frühstück des THW hat sich im politischen Berlin als Institution etabliert. Einmal im Jahr lädt die THW-Bundesvereinigung e.V., die Dachorganisation der THW-Fördervereine, unter dem Motto „MdB trifft THW“ Bundestagsabgeordnete zum informellen Gedankenaustausch ein. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete nutzten beim 9. Parlamentarischen Frühstück im Berliner Reichstagsgebäude die Gelegenheit, mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Führungskräften des THW aus ganz Deutschland ins Gespräch zu kommen. *Das Bild zeigt: Hartmut Koschyk MdB (links), den Präsidenten der THW-Bundesvereinigung Stephan Mayer MdB (2. v. l.), Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB (3. v. l.), Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB (5. v. l.), Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt MdB (rechts), den Präsidenten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Albrecht Broemme (2. v. r.) und weitere THW-Führungskräfte.*

INHALT der 39. Ausgabe von „KpK“

ElektrifizierungS. 2	Südkoreanischer ParlamentspräsidentS. 9	Heimat-Identität-Glaube.....S.16
MdB trifft THWS. 2	Pavillon der EinheitS. 9	Film „POKA“.....S.16
Nachruf Simon NüsselS. 3	Reise nach Nordkorea S.10	Botschafter Ungarn.....S.16
BreitbandförderungS. 3	Reise nach Südkorea S.10	Gespräch mit BischöfenS.17
Stiftung VerbundenheitS. 4	Staatsbesuch in Südkorea..... S.11	ifa-InstitutS.17
B 470.....S. 4	Dt.-Kor. Beratergremium S.11	altösterreichische LandmannschaftS.17
AdventsmarktS. 5	HSS-Delegation NordkoreaS.12	Ehrenamtlicher EinsatzS.18
Kubanischer BotschafterS. 5	EinheitsweinS.12	Dialog Minderheiten Polen.....S.18
Tagungsband.....S. 5	Europaabteilung Nordkoreas.....S.12	Anerkennung von Berufsabschlüssen.....S.18
Humboldtthaus Bad StebenS. 5	Nationale KontingenteS.13	Jahrestagung AGDMS.19
Verbundenheitsschleife.....S. 6	RentenversicherungsberichtS.13	deutsch-kasachische Regierungskommission.....S.19
40 Jahre CSU Mistelbach.....S. 6	Besucherguppen S.14	Reise nach KasachstanS.19
Afrika-ReiseS. 6	Praktikanten in Berlin S.14	Konzert Ludwig GüttlerS.20
BundesförderungenS. 7	Botschafter UkraineS.15	
25 Jahre Deutscher Bundestag .S. 8	Botschafter RumänienS.15	
Sicherheitsseminar UkraineS. 8	Sterbebegleitung.....S.15	
Assisi-Gesellschaft.....S. 8		

ZUM HEIMGANG VON STAATSMINISTER A. D. SIMON NÜSSEL

Beeindruckendes politisches Lebenswerk

Simon Nüssel hat unser Gemeinwesen auf der kommunalen, der Bezirks- und Landesebene, aber auch deutschlandweit entscheidend geprägt. Mit seinem großartigen politischen, aber auch christlichen und ehrenamtlichen Engagement weit über die Grenzen seiner Heimatgemeinde Rimlas bei Bad Berneck hinaus hat sich Simon Nüssel große Verdienste erworben und die Herzen der Menschen in Franken, Bayern und Deutschland gewonnen. Simon Nüssel, dessen politische Karriere bei der Bayernpartei begonnen hatte, kam als CSU-Abgeordneter 1954 für den Stimmkreis Bayreuth erstmals in den Bayerischen Landtag, dem er bis 1994 ununterbrochen angehörte. Im Bayerischen Landtag fiel er von Beginn an durch sein fachkundiges Wirken im Agrarbereich auf und hatte daher den Vorsitz des Landwirtschaftsausschusses inne. Von 1966 bis 1970 war Simon Nüssel zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landtages und wurde am 8. Dezember 1970 als Staatssekretär in das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen. Sieb-

zehn Jahre lang arbeitete er in hervorragender Weise mit Minister Hans Eisenmann zusammen und formulierte mit ihm gemeinsam den „Bayerischen Weg“, durch den die bäuerliche Landwirtschaft eine Lebenschance im Kampf gegen ständig zunehmende Reglementierungen aus Brüssel und landwirtschaftliche Großbetriebe fand. Im September 1987 wurde Simon Nüssel vom damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zum Bayerischen Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten berufen. Simon Nüssel nannte bei Aufnahme seiner Ministertätigkeit die Forstpolitik einen Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit und sprach sich für die Einführung eines Entgelts für die landeskulturellen Leistungen der bäuerlichen Landwirtschaft durch Bund und Länder aus. Vor allem die zahlreichen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in Oberfranken, die von Kontingentierung und Preisverfall am stärksten bedroht waren, werden seinen Einsatz



hierfür in großer Dankbarkeit nie vergessen. Die Programme zur Verbesserung der Agrar- und Betriebsstruktur tragen ebenso seine Handschrift wie die Förderung von umweltfreundlicher Landbewirtschaftung. Simon Nüssel hat sich auch stets dafür eingesetzt, den Bauern ein gerechtes Einkommen zu sichern. So erklärte er im Juli 1990 im Zuge der sich anbahnenden Deutschen Einheit, dass man für Fördermaßnahmen Größenordnungen vorsehen müsse, die in etwa denen der alten Bundesländer entsprechen, was damals von zentraler Bedeutung für die alten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) gewesen war.

BREITBANDFÖRDERUNG DES BUNDES

1. Förderaufruf gestartet

Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt MdB, hat den Startschuss für das milliardenschwere Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau gegeben. Ziel des Bundesförderprogramms für den Netzausbau ist es, in den kommenden drei Jahren hochleistungsfähige Breitbandnetze in unterversorgten Gebieten zu errichten. Das Förderprogramm des Bundes ermöglicht einen flächendeckenden Ausbau bislang unterversorgter Gebiete mit

50 Mbit pro Sekunde. Das Bundesförderprogramm richtet sich dabei an Kommunen und Landkreise zur Schließung der weißen Flecken der Breitbandversorgung. Mit dem Förderbetrag können die Kommunen entweder die Wirtschaftlichkeitslücke schließen, die sich bei den TK-Unternehmen ergibt, wenn diese ein Breitbandnetz in unterversorgten Gebieten errichten (Wirtschaftlichkeitslückenmodell) oder passive Infrastrukturen wie z. B. Glasfaserstrecken errichten, die sie dann an Netzbetreiber verpachten können (Betreibermodell). Für das Gesamtvolumen des Förderprogramms stellt der Bund mehr als 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Fördersatz des Bundes beträgt im Regelfall 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Der Höchstbetrag an Bundesförderung pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro. Eine Kombination

mit anderen Förderprogrammen, z. B. der Bundesländer, ist möglich. Dadurch können weitere 40 Prozent an Förderung hinzukommen. Der Eigenanteil der Kommune liegt bei 10 Prozent. Unabhängig davon können Planungs- und Beratungskosten ab sofort zu 100 Prozent und bis zu einem Betrag von maximal 50.000 Euro gefördert werden. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz dafür geschaffen, schnell mit den Vorbereitungen für Ausbauprojekte zu beginnen. Kommunen und Landkreise können ab sofort Förderanträge für ihre Ausbauprojekte stellen. Die Anträge können unter www.breitbandausschreibungen.de eingereicht werden. Der erste Förderaufruf für die Ausbauprojekte läuft bis zum 31. Januar 2016. In dieser Zeit können Anträge gestellt werden. Anschließend werden die Anträge anhand transparenter Kriterien (Scoring) bewertet.



STIFTUNG VERBUNDENHEIT MIT DEN DEUTSCHEN IM AUSLAND

Wichtige Weichenstellungen

Unter der Leitung des Stiftungsratsvorsitzenden Hartmut Koschyk MdB tagten in Berlin Rat und Vorstand der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“. Zum Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Dr. Kay Lindemann und Schatzmeister Gerhard Müller hat der Stiftungsrat den Oberbürgermeister der Stadt Goslar, Dr. Oliver

Junk, zum neuen Vorsitzenden und den geschäftsführenden Gesellschafter der SeniVita Sozial gGmbH mit Sitz in Bayreuth, Dr. Horst Wiesent, zum neuen Schatzmeister gewählt. Die „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ wurde vom saarländischen Unternehmer Dr. jur. Kurt Linster im Jahre 2004 errichtet. Die Stiftung fördert Maßnahmen, die dem Erhalt der deutschen Sprache und Kultur sowie der Völkerverständigung dienen. Es werden unter anderem der Jugend-, Schüler-, und Studentenaustausch gefördert, Kongresse, Vortragsveranstaltungen und

Seminare durchgeführt und Kulturprojekte deutschsprachiger Medien im Ausland gefördert. Auch werden deutsche Schulen und Kindergärten im Ausland finanziell unterstützt und humanitäre Hilfe für bedürftige Deutsche im Ausland geleistet. Dr. Oliver Junk und Dr. Horst Wiesent erklärten, dass Sie gerne für das Amt des Vorsitzenden und des Schatzmeisters der Stiftung zur Verfügung stehen, die auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken kann. *Das Bild zeigt von links: Vorstandsmitglied Daniel Walther, der neu gewählte Stiftungsvorsitzende Dr. Oliver Junk, der bisherige Schatzmeister Gerhard Müller, der neue gewählte Schatzmeister, Dr. Horst Wiesent, Stiftungsratsvorsitzender Hartmut Koschyk MdB und die Schatzmeisterin des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland, Frau Ilona Mosler-Biadacz.*



BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN 2015

„B470 muss in den vordringlichen Bedarf Plus!“

Parl. Staatssekretär Thomas Silberhorn MdB, Michael Hofmann MdL und Hartmut Koschyk MdB fordern, den Lückenschluss der B 470 in den Vordringlichen Bedarf Plus des Bundesverkehrswegeplans 2015 aufzunehmen. Silberhorn, Hofmann, Koschyk: „Im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes muss auch der seit Jahren geplante Bau der B 470 Südumgehung Forchheim (Ostspange) vorankommen. Ziel dieser Baumaßnahme ist es, die Bürgerinnen und Bürger von Forchheim und den Nachbargemeinden von dem enormen Verkehrsaufkommen auf der B470 zu entlasten und eine höhere Lebensqualität und Sicherheit in den Wohngebieten zu erreichen. Auch ist geplant, die Stadt Ebermannstadt vom Verkehr auf der B470 merklich zu entlasten. Die Bayerische Straßenbauverwaltung hat eine etwa 4,5 Kilometer lange Ortsumgehung von Ebermannstadt im Zuge der B470 zur Bewertung im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 und zur Aufnahme in den neuen Bedarfsplan für

die Bundesfernstraßen angemeldet. Alle vorgeschlagenen Projekte wurden mittlerweile einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Die Ortsumfahrung Forchheim-Ost ist schon allein aufgrund der Verkehrszahlen ein wichtiges Projekt, nachdem in einem ersten Teilprojekt die Ortsumfahrung Forchheim-West vor Jahren realisiert werden konnte. Zusammen mit den Ausweichstrecken sind von der Maßnahme Forchheim ca. 35.000 Kfz betroffen. So viele Fahrzeuge quälen sich derzeit unmittelbar an den Häusern in den Ortschaften Forchheim und Gosberg entlang. Bis 2003 war die Ostspange bereits im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten. Der damals erteilte besondere naturschutzfachliche Planungsauftrag wurde mittlerweile erfüllt. Auch die Unterstützung des Kreistags des Landkreises Forchheim ist weiterhin vorhanden. Gemeinsam sind wir uns einig, dass eine zeitlich gestufte Umsetzung der weiteren Umfahrungen entlang der B470 – auch angesichts der finanziellen Dimensionen – einkalkuliert werden

muss. Wir sind hier insoweit Realisten. Dennoch wäre es insbesondere bei der Ortsumfahrung Ebermannstadt wichtig, diese – sozusagen im Sog der Aufnahme der Umfahrung Forchheim-Ost in den prioritären Bedarf des Bundesverkehrswegeplans – in die gleiche Kategorie aufzunehmen. Ohne die Umfahrung Forchheim-Ost bleibt die B470 eine Verkehrsverbindung, die ihrer Aufgabe und verkehrlichen Stellung nicht gerecht werden würde. Ohne die Ortsumfahrung Ebermannstadt bleibt die B470 ebenfalls unvollendet, was sicher nicht im Sinne des Finanzgebers und Baulastträgers ist.“



ADVENTSMARKT IM SCHLOSS GOLDKRONACH

Gute Tradition



Der kleine, aber feine Adventsmarkt im Gewölbesaal von Schloss Goldkronach ist längst kein Geheimtipp mehr. Auch in diesem Jahr nutzten viele Besucher aus der Stadt und dem Umland die Gelegenheit, Kunsthandwerk live zu erleben. Zu sehen und zu erwerben gab es unter anderem Schmuck, Holzschnitzarbeiten und Kulinarisches. Den ganzen Tag über machten die Besucher einen Abstecher vom Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz von Goldkronach zum Adventsmarkt im Schloss und umgekehrt. Dort erwartete sie eine breite Palette an Ausstellungsstücken und eine ideale Einstimmung auf die Adventszeit in vorweihnachtlicher Atmosphäre. Die Teilnehmer zeigten sich einmal mehr angetan von dem großen Zuspruch des mittlerweile traditionellen Adventsmarktes am 1. Adventssonntag. *Das Bild zeigt von links: Hartmut Koschyk MdB, Brigitte Freyemann, Gudrun Koschyk und den 1. Bürgermeister der Stadt Goldkronach, Holger Bär.*

TAGUNGSBAND VERÖFFENTLICHT

Symposium als eBook

Das Alexander von Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach e. V. hat anlässlich des Historischen Symposiums zum Beziehungsgeflecht zwischen Alexander von Humboldt, Felix Mendelssohn Bartholdy, Giacomo Meyerbeer und Richard Wagner einen Tagungsband als eBook veröffentlicht. Im Tagungsband sind Beiträge von Prof. Dr. Sieghart Döhring (Vorsitzender des Meyerbeer-Instituts, Thurnau), Dr. Ingo Schwarz (Leiter der Alexander von Humboldt-Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften Berlin-Brandenburg), Dr. Frank Holl (Leiter der Müncher Wissenschaftstage und Humboldt-Experte, München) und Dr. Thomas Lackmann (Mitglied des Vorstandes der Mendelssohn-Gesellschaft) enthalten. Den Tagungsband können Sie in allen gängigen eBook-Vertrieben unter der ISBN-Nummer 978373550918 käuflich erwerben.



GESPRÄCH MIT DEM BOTSCHAFTER KUBAS

Humboldt in Kuba



Hartmut Koschyk MdB hat sich mit dem Botschafter der Republik Kuba, S. E. Rene Juan Mujica Cantelar, in der kubanischen Botschaft zu einem Meinungs- und Informationsaustausch getroffen. Anlass waren die aktuellen politischen Entwicklungen in Kuba, aus denen sich neue Perspektiven für eine deutsch-kubanische Zusammenarbeit ergeben. Koschyk verwies auf die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Kuba und Deutschland. So bereiste der Naturforscher und Universalgelehrte Alexander von Humboldt in den Jahren 1800/1801 Kuba. An diesen Aufenthalt Humboldts in Kuba erinnert ein eindrucksvoller Reisebericht, der 1826 in Paris erschienen ist. Botschafter Cantelar verwies auf den Alexander-von-Humboldt-Nationalpark, ein Naturschutzgebiet im Osten Kubas. Koschyk informierte Botschafter Cantelar auch über die Arbeit des Alexander von Humboldt-Kulturforums Schloss Goldkronach e. V. und überreichte Botschafter Cantelar das Buch „Alexander von Humboldt in Franken“.

HUMBOLDT-HAUS BAD STEBEN

Intensiver Austausch

Die Erinnerung an das Wirken Alexander von Humboldts in Bad Steben wach zu halten – das hat sich eine Gruppe aus Bad Steben und Umgebung zum Auftrag gemacht. Ihr Ziel ist, dass das Wohnhaus von Alexander von Humboldt in Bad Steben durch die Stadt erworben wird und die Gründung eines Informationszentrums über das Wirken von Alexander von Humboldt in Bad Steben und Umgebung ermöglicht wird. Um sich über aktuelle Maßnahmen anderer Kommunen zu informieren besuchte die Gruppe aus Hochfranken die Stadt Goldkronach. Der 1. Bürgermeister der Stadt Goldkronach, Holger Bär, informierte in seinem Vortrag über die Bemühungen und das Angebot der Stadt Goldkronach, das Erbe Alexander von Humboldts wach zu halten und für den Tourismus in der Region zu beleben.



GELBES BAND DES RESERVISTENVERBANDES

Verbundenheit



Mehr als 3.000 Soldatinnen und Soldaten können das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie verbringen. Um seiner Solidarität Ausdruck zu verleihen, unterzeichnete Hartmut Koschyk MdB das „Gelbe Band der Verbundenheit“. Seit einiger Zeit besteht bereits die Möglichkeit, mit einer gelben Schleife der Verbundenheit auch nach außen deutlich zu machen, dass an die Soldatinnen und Soldaten gedacht wird. In Anlehnung an diese Solidaritätsschleife wurden entsprechende „Gelbe Bänder der Verbundenheit“ angefertigt, auf denen die Bundestagsabgeordneten ihre Solidarität persönlich dokumentieren konnten. *Das Bild zeigt Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit dem stellv. Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Hauptmann Andreas Steinmetz.*

40 JAHRE CSU MISTELBACH

Ein Grund zum Feiern

Im geselligen Rahmen feierte der CSU-Ortsverband Mistelbach in der Gaststätte Großmann sein 40-jähriges Bestehen. Die Veranstaltung war geprägt von Ehrungen und kurzen Ansprachen der Ehrengäste, CSU-Kreisvorsitzende Gudrun Brendel-Fischer MdL und Hartmut Koschyk MdB. Zum Programm des Abends gehörte auch eine Fotopräsentation von CSU-Ortsvorsitzendem Alexander Bär, bei der die Geschichte des Ortsverbandes vor Augen geführt wurde. Die Abgeordneten würdigten in ihren Ansprachen das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder im Ortsverband. Koschyk wörtlich: „Unsere Mitglieder und deren Engagement in den Ortsverbänden ist die Basis für Erfolge bei Wahlen und eine verlässliche Politik.“ *Das Bild zeigt die Geehrten des CSU-Ortsverbandes mit Gudrun Brendel-Fischer MdL (vorne Mitte) und Hartmut Koschyk MdB (5. v. r.). / Bild: Dieter Jenß*



KOSCHYK BEREISTE KAMERUN

Deutsch-afrikanische Zusammenarbeit

Hartmut Koschyk MdB hat im November dieses Jahres Kamerun besucht, um dort politische Gespräche zu führen. In Jaunde konnte sich Koschyk bei Begegnungen mit Parlamentspräsident Djbril Yeguie Cavayé, Außenminister Lejeune Mballa, Verteidigungsminister Joseph Beti Assomo, Finanzminister Alamine Ousmane Mey sowie mit Mitgliedern der Deutsch-Kamerunischen Freundschaftsgruppe in der Nationalversammlung der Republik Kamerun einen Überblick über die aktuelle Situation in Kamerun verschaffen. Begleitet wurde Koschyk bei seinen politischen Gesprächen vom Deutschen Botschafter in Jaunde, Holger Mahnicke. Im Zentrum der politischen Gespräche stand auch eine Zusammenarbeit in Fragen der Minderheitenpolitik. In Jaunde hat Koschyk auch das Goethe-Institut und die Vertretung des Deutschen

Akademischen Austauschdienstes besucht, um Möglichkeiten einer vertieften Wissenschaftskooperation zu besprechen. In diesem Zusammenhang stattete Koschyk auch der Universität Jaunde einen Besuch ab, um ein Gespräch mit Prof. Simo, Leiter des Wissenschaftszentrums der Universität, zu führen. Kamerun unterhält enge und sehr gute akademische Kontakte nach Deutschland. Der DAAD und die Alexander von Humboldt-Stiftung unterstützen Doktoranden, Forscher und Wissenschaftler mit Stipendien. Das große Interesse an Deutschland spiegelt sich in den Aktivitäten des Goethe-Instituts Kamerun wider, das neben einer im regionalen Vergleich besonders großen Sprachabteilung ein Sprachlernzentrum in Duala unterhält. Während seines Aufenthaltes wurde Hartmut Koschyk MdB vom Repräsentanten der Kre-

ditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Republik Kamerun, dem ehemaligen stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Christian Ruck, begleitet. Gemeinsam mit Dr. Ruck hat Koschyk u. a. auch Projekte der KfW in Buea besichtigt. *Das Bild zeigt Koschyk gemeinsam mit dem Finanzminister der Republik Kamerun, Alamine Ousmane Mey (2. v. r.), KfW-Direktor Dr. Christian Ruck (links) und Botschafter Holger Mahnicke (rechts).*



BUNDESHAUSHALT 2016 VERABSCHIEDET

Region Bayreuth–Forchheim profitiert

Der Bundeshaushalt 2016 enthält erneut eine Anzahl von Fördermaßnahmen des Bundes, die direkt Einrichtungen im Bundeswahlkreis Bayreuth–Forchheim zugutekommen. So konnte die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele mit rund 2,48 Mio. Euro auf hohem Niveau konstant gehalten werden. In der Begründung für die Bundesförderung wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die Bayreuther Festspiele für Deutschland ein einzigartiges Kulturereignis mit weltweiter Ausstrahlung und ein wichtiges Aushängeschild unserer Kulturturnation sind. Bereits im September 2013 wurde die Finanzierungsvereinbarung zur nachhaltigen Sicherung des sanierungsbedürftigen Bayreuther Festspielhauses unterzeichnet. Die Gesellschafter der Bayreuther Festspiele GmbH – der Bund, der Freistaat Bayern, die Stadt Bayreuth und die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth – sowie der Bezirk Oberfranken und die Oberfrankenstiftung haben sich darauf verständigt, die Sanierung des Festspielhauses in einem Kostenrahmen von 30 Millionen Euro zu finanzieren. Freistaat und Bund beteiligen sich dabei mit jeweils 10 Millionen Euro. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes sind diese finanziellen Mittel



gewährleistet. Im Rahmen des Förderprogramms „Reformationsjubiläum 2017“ wird das Theaterprojekt „Lucas – Maler zu Wittenberg“ durch den Bund gefördert. Bis zu 27.500 Euro Bundesförderung stehen für das Theaterprojekt des Fränkischen Theatersommers – Landesbühne Oberfranken zu Lucas Cranach, dem Maler der Reformation, zur Verfügung. Für die Bewahrung des Archivguts des Lastenausgleichsarchivs des Bundes in Bayreuth werden 2016 69.000 Euro aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt, 7.000 Euro

mehr als in diesem Jahr. Der Bund ist sich der Bedeutung des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth bewusst. Die Neuerrichtung des Polizeitrainingsbereiches in der Bundespolizeiabteilung Bayreuth soll im kommenden Jahr fertiggestellt sein. Insgesamt sind für das Projekt rund 1,6 Millionen Euro durch den Bund bereitgestellt. Dies ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Standort der Bundespolizei in Bayreuth. Im Rahmen des



Förderprogramms „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) des Bundeswirtschaftsministeriums werden im Bundeswahlkreis Bayreuth–Forchheim insgesamt 46 laufende Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 5 Mio. Euro gefördert, die durch den Bundeshaushalt 2016 sichergestellt werden. Mit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen verfolgt die unionsgeführte Bundesregierung auch in Oberfranken das Ziel, die Zahl der innovativen Unternehmen zu erhöhen, die Innovationskompetenz im Mittelstand zu stärken und die anwendungsorientierte Forschung und Produktentwicklung in den kleinen und mittleren Unternehmen mit Forschungsinstituten und Universitäten zu vernetzen. Zu den Zuwendungsempfängern zählen in der Stadt Bayreuth die Xavo AG, die KLARO GmbH, die redlogix GmbH, die Isko Koch GmbH, die precon Robotics GmbH, die Lichtlinie GmbH, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Universität Bayreuth, die Neue Materialien GmbH, die SIMFO GmbH, die Karl Hopf GmbH und die Future Carbon GmbH. Zuwendungsempfänger im Landkreis Bayreuth und Forchheim sind in Gräfenberg die Wolfgang Endress Kalk- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, in Warmensteinach die SiLi Technologies GmbH, in Weißenhohe die Elektron Systeme und Komponenten GmbH & Co. KG und in Seybothen-

reuth die Lauterbach-Kiesling GmbH. Mit dem Bundeshaushaltsplan 2016 wird zudem die finanzielle Förderung laufender Forschungsprojekte an der Universität Bayreuth sowie an regionalen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sichergestellt und somit die Sicherung des Wissenschaftsstandortes Bayreuth nachhaltig unterstützt. Insgesamt werden im Wahlkreis Bayreuth–Forchheim 43 bereits laufende Projekte und Forschungsvorhaben durch die Bundesministerien für Bildung und Forschung, für Wirtschaft und Energie, für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit einem Gesamtetat von rund 29 Millionen Euro gefördert. Allein das Bayerische Geoinstitut an der Universität Bayreuth wird für ein Projekt zum Aufbau einer Hochdruckpresse vom Multi-Anvil-Typ mit rund 2.131.000 Euro gefördert. Durch extrem hohen Druck und Temperaturen können neue Materialien erforscht, aber auch geowissenschaftliche Grundlagenforschung betrieben werden. Am Institut für Afrikastudien an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth wird das laufende Projekt „Zukunft Afrika: Visionen im Umbruch“ mit rund 4.200.000 Euro gefördert. Darüber hinaus wurde Ende September in der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern die Projektskizze der Universität Bayreuth „Fachliche & kulturelle Diversität in Schule & Universität“ für eine Förderung ausgewählt. Hierfür hat die Universität Bayreuth rund 3,3 Millionen Euro veranschlagt.

Weitere Informationen über geförderte Projekte im Bundeswahlkreis Bayreuth–Forchheim finden Sie unter www.koschyk.de.



BUNDESTAGSWAHL AM 2. DEZEMBER 1990

25 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages



Am 20. Dezember 1990 wurde Hartmut Koschyk MdB erstmals über die CSU-Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt, der zum ersten Mal seit 1932 als frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament seine Arbeit aufnahm. Seit 1994 ist Koschyk direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim. Mit diesem Mandat ist es ihm seit 25 Jahren ein zentrales Anliegen, die Belange des Wahlkreises, seiner Bür-

gerinnen und Bürger bestmöglich in die parlamentarischen Entscheidungen einfließen zu lassen. Koschyk hierzu wörtlich: „Ich empfinde die deutlichen Stimmergebnisse als Auszeichnung und zugleich Verpflichtung. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von ihrem Wahlkreisabgeordneten Präsenz vor Ort und stets ein offenes Ohr für die Anregungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Ich komme dem sehr gerne nach, etwa durch das Angebot meiner Bürgersprechstunden in Bayreuth und Pegnitz. Seit 1997 besuchten mich über 1.000 Bürgerinnen und Bürger in den Sprechstunden.“ Koschyk wurden in den vergangenen 25 Jahren zahlreiche Aufgaben übertragen. So war er von 1990 bis 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion. Als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in den Enquête-Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des 12. Deutschen Bundestages und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des 13. Deutschen Bundestages konnte Koschyk zur Aufarbeitung des SED-Unrechtsstaates beitragen. Von 2002 bis 2005 fungierte Koschyk als innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; von 2005 bis 2009 als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen war Koschyk von 2009 bis 2013 tätig. Seit 2014 ist Koschyk als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten tätig.

SICHERHEITSEMINAR
OBERFRÄNKISCHER RESERVISTEN

Keine einfache Lösung



Auch wenn die Ukraine aus den Schlagzeilen weitestgehend verschwunden ist: noch immer sterben fast täglich Menschen am Donezbecken. Auf der Suche nach Lösungen machte sich der oberfränkische Reservistenverband in einem sicherheitspolitischen Tagesseminar in Himmelkron. Prominenter Gast war dabei der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk. Der Politiker hatte bereits in vielfältigen Funktionen die Ukraine besucht, zuletzt im Februar dieses Jahres als Militärattaché an der deutschen Botschaft in Kiew. *Das Bild zeigt von links: Der Landesvorsitzende der bayerischen Reservisten Professor Friedwart Lender, MdB Hartmut Koschyk und der Vorsitzende des Reservistenverbandes Oberfranken-West Philipp Mahr.*

FREUNDE VON ASSISI

Gelebte Freundschaft

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Kultur und Begegnung der Freunde der Region Assisi e. V. hat der Vorsitzende Hartmut Koschyk auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken können und machte deutlich, dass sich die Gesellschaft seit ihrer Gründung sehr gut entwickelt hat. Neben einem Schüleraustausch, regelmäßigen Fahrten und intensiven Kontakten steht seit diesem Jahr ein Kooperationspartner in der Region Umbrien zur Verfügung. Mit Rosella Baldelli, der Präsidentin des Partnervereins „Amici di Bayreuth, di Greußenheim e della Germania“ konnten der Austausch und die Beziehungen noch einmal vertieft werden. Nachdem die bisherige Schatzmeisterin Nathalie Zimmermann ihr Amt aus privaten Gründen aufgeben musste, wurde Patrick Lindthaler von der Mitgliederversammlung einstimmig gewählt.



PRÄSIDENT DER SÜDKOREANISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG BESUCHTE DEUTSCHLAND

Deutsch-koreanische Beziehungen



Der südkoreanische Parlamentspräsident Chung Ui-hwa besuchte die Landeshauptstadt München und die Bundeshauptstadt Berlin. Bei diesem Besuchsprogramm wurde er vom Vorsitzenden der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, begleitet. Ausgangspunkt des Deutschlandbesuchs war München. Im Bayerischen Landtag empfing dessen Präsidentin, Barbara Stamm MdL, die Delegation und würdigte bei einem festlichen Abendessen im Maximilianeum die bayerisch-koreanischen Beziehungen. Darüber hinaus unterstrich sie die Bedeutung parlamentarischer Kontakte in der inter-

nationalen Politik: „Auf dem Papier ist vieles gut, aber die menschliche Begegnung ist viel besser.“ Nach weiteren Gesprächen und Besuchen bei der Hanns-Seidel-Stiftung und der BMW-Welt reiste die Delegation weiter nach Berlin. Dort wurde der südkoreanische Parlamentspräsident Chung Ui-hwa vom Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Norbert Lammert MdB, im Reichstagsgebäude begrüßt. Zur Delegation des südkoreanischen Parlamentspräsidenten Chung Ui-hwa gehörten auch Abgeordnete der koreanischen Nationalversammlung, darunter der Vorsitzende der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergruppe in der Koreanischen Nati-



onalversammlung, Herr Kang Seok-ho und der stellv. Vorsitzende Herr Hong Il-Pyol sowie der Vorsitzende der Partei „New Politics Alliance for Democracy“, Herr Woo Yoon Keun. Nachdem die Delegation der Generaldebatte im Deutschen Bundestag auf der Besuchertribüne beiwohnen konnte, kam es zu einem Gedankenaustausch der südkoreanischen Gäste mit der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Neben der Einweihung des Einheits-Pavillons in Berlin standen auch noch weitere Gespräche auf dem Programm, so zum Beispiel mit dem Vorsitzenden des Deutsch-Koreanischen (DVR Korea) Gesundheitsforums e.V.

EINWEIHUNG DES PAVILLONS DER EINHEIT AM POTSDAMER PLATZ

Symbol der Verbundenheit und Hoffnung

Auf dem Potsdamer Platz in Berlin fand die feierliche Einweihung des „Pavillons der Einheit“ statt, der den Wunsch nach einer friedlichen Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel zum Ausdruck bringt. Anwesend war auch der Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, der Oberbürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert sowie Abgeordnete der koreanischen Nationalversammlung, darunter der Vorsitzende der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergruppe in der Koreanischen Nationalversammlung, Herr Kang Seok-ho, der stellv. Vorsitzende Herr Hong Il-Pyol und der Vorsitzende der Partei „New Politics Alliance for Democracy“, Herr Woo Yoon Keun. Der sechseckige, hölzerne Pavillon ist dem traditionellen

Pavillon Sang NyangJeong, der in der koreanischen Hauptstadt Seoul steht, nachempfunden. Das Bauprojekt wurde seit dem Jahr 2012 geplant. Die Idee habe große Zustimmung seitens des Berliner Bezirksamts erfahren. Für zunächst zwei Jahre soll der Pavillon nun am Potsdamer Platz stehen. Dann zieht er in den Innenhof der Kulturabteilung der Botschaft am Leipziger Platz. Der Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, erklärte in seinem Grußwort, dass insbesondere vor dem Hintergrund der leidvollen

Erfahrung der deutschen Teilung und dem Glück der deutschen Wiedervereinigung es von großer symbolischer Bedeutung sei, dass der „Pavillon der Einheit“ in Berlin am Potsdamer Platz, wo Ost- und Westberlin von einem breiten Todesstreifen voneinander getrennt waren, errichtet wurde.



DEUTSCH-KOREANISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE BESUCHTE NORDKOREA

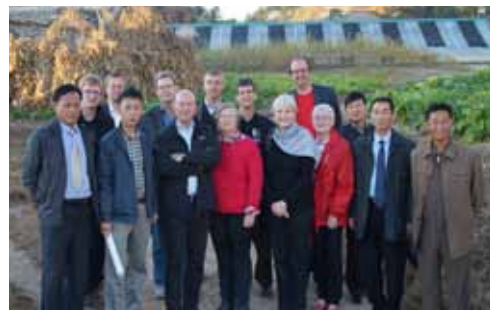
Dialog ist wichtiger Friedensbeitrag



Auf Einladung der Obersten Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Korea hat eine Delegation der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages unter der Leitung von Hartmut Koschyk MdB im Oktober dieses Jahres die Demokratische Volksrepublik Korea besucht. Bei dem Besuch in Nordkorea wurde die Parlamentariergruppe von Journalisten begleitet. Neben Begegnungen mit dem Präsidenten der Obersten Volksversammlung, dem Vorsitzenden der Koreanisch-Deutschen Arbeitsgruppe der Obersten

Volksversammlung Nordkoreas, dem Vizeaußenminister (*Bild links*), dem stv. Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit, dem stv. Abteilungsleiter für Auswärtige Beziehungen im Gesundheitsministerium sowie dem Vizedirektor der Generalverwaltung für Tourismus, fand auch ein Austausch im Landwirtschaftsministerium zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung und mit Fachexperten für erneuerbare Energien statt. Im Rahmen des Besuchsprogrammes fand auch eine Dialogveranstaltung zum Thema „Rolle und Bedeutung der Politischen Stiftungen sowie der kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und humanitären Mittlerorganisationen in der Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Korea“ statt, an der mehrere Organisationen und politische Stiftungen teilnahmen. Im Rahmen eines

Meinungsaustausches mit dem deutschen Gründungsvorstand des Vereins „ZUSAMMEN – Bildungszentrum für gehörlose, blinde und nichtbehinderte Kinder in Nordkorea Hamhung e.V.“, dem Deutschen Robert Grund, kam die Delegation mit gehörlosen Kindern und Jugendlichen zusammen. Neben den politischen Gesprächen stand auch die Besichtigung eines Projekts der Deutschen Welthungerhilfe in Wonam, das vom BMZ und der Korea-Stiftung – Treuhandstiftung der Stiftung Hilfe zur Selbsthilfe finanziert wird, auf dem Programm (*Bild unten*).



DEUTSCH-KOREANISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE BESUCHTE SÜDKOREA

Intensive Deutsch-Koreanische Beziehungen



Nach dem Besuch in der Demokratischen Volksrepublik Korea ist die Delegation der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe in die Republik Korea gereist, um dort politische Gespräche mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, dem Außenminister, dem Vereinigungsminister (*Bild oben*) sowie den Mitgliedern der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergruppe zu führen und diese über die gewonnenen Eindrücke ihrer Reise in die Demokratische Volksrepublik Korea zu informieren. In Seoul standen auch Begegnungen mit dem Botschafter der Europäischen Union in der

Republik Korea, mit Vertretern der Vereinigten Fortschrittspartei, mit Vertretern von Verbraucherschutzorganisationen sowie mit Mitgliedern der Deutschen Außenhandelskammer auf dem Programm. Mit Vertretern von Amnesty International und der Nichtregierungsorganisation „World without War“ haben Koschyk und die Delegation der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe ein Gespräch zum Thema Wehrdienstverweigerung geführt. In Busan unternahm die Delegation unter Leitung von Hartmut Koschyk MdB einen Besuch des Campus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie eine Besichtigung der Hafenanlage. Ebenfalls hat die Delegation ein Gespräch mit dem Vizebürgermeister von Busan geführt und an der Ordensverleihung an die Honorarkonsulin Kim Jung-soo durch den deutschen Botschafter Rolf Mafael teilgenommen. Am Deutsch-Koreanischen Dialog an

der Hanil-Universität in Jeonju hat die Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe gemeinsam mit dem südkoreanischen Parlamentsabgeordneten, Kim Sung-ju, an der Hanil-Universität in Jeonju an einer Deutsch-Koreanischen Dialogveranstaltung teilgenommen. Ebenfalls berichtete Koschyk über das zurückliegende 14. Deutsch-Koreanische Forum in Rostock und die koreanische Ko-Vorsitzende, Prof. Kim Sun-uk über das kommende 15. Deutsch-Koreanische Forum, das vom 12. bis 14. Oktober 2016 in Gyeongju stattfinden wird (*Bild unten*).



BUNDESPRÄSIDENT GAUCK ZUM STAATSBESUCH IN SÜDKOREA

Deutschland unterstützt koreanische Einheit!



Hartmut Koschyk MdB hat Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Staatsbesuch in Südkorea begleitet. Der Besuch von Bundespräsident Gauck in Südkorea stand im Zeichen von 25 Jahren Deutscher Einheit und 70 Jahren Teilung Koreas. In Seoul hat der Bundespräsident politische Gespräche mit Staatspräsidentin Park und weiteren hochrangigen Politikern geführt. Bei seiner Rede vor der südkoreanischen Nationalversammlung hob er die Bedeutung der deutsch-koreanischen Beziehungen hervor (Bild oben). In seiner Rede ging er aber auch auf die koreanische Teilung ein und machte deutlich: „Süd-

korea und seine Partner sollten trotz der nuklearen Aufrüstung durch Pjöngjang für einen Politikwechsel in Nordkorea werben, sie sollten daran arbeiten, und sie sollten Alternativen für Nordkorea aufzeigen.“ Bei seinem mehrtägigen Staatsbesuch, bei dem ihn auch seine Lebensgefährtin



Daniela Schadt begleitete (Bild in der Mitte: Frau Schadt mit Hartmut Koschyk MdB in der Nationalversammlung), eröffnete Gauck auch eine deutsch-koreanische Wissenschaftskonferenz. Außerdem standen Begegnungen mit nordkoreanischen Flüchtlingen und Vertretern der südkoreanischen Zivil-

gesellschaft auf dem Programm. An der innerkoreanischen Grenze hat der Bundespräsident eine Ausstellung zur Deutschen Einheit eröffnet und die Demilitarisierte Zone besucht. Gauck nahm auch an einer Sitzung des „Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ teil, dem Hartmut Koschyk MdB als deutscher Ko-Vorsitzender vorsteht.

Das Bild unten zeigt Hartmut Koschyk mit Bundespräsident Gauck und dem letzten DDR-Außenminister der freigeählten DDR-Regierung, Markus Meckel, während des Staatsbesuches.



3. SITZUNG DES DEUTSCH-KOREANISCHEN BERATERGREMIUMS

Deutschland steht an Seite des geteilten Koreas



Im Rahmen des Besuches von Bundespräsident Gauck in der Republik Korea fand die 3. Sitzung des „Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ statt, die auf deutscher Seite vom Vorsitzenden der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Hartmut Koschyk MdB, und auf koreanischer Seite vom ehemaligen südkoreanischen Außenminister Han Sung-joo geleitet wurde. Die aus je sieben Experten aus beiden Ländern bestehende Kommission soll auf Wunsch der südkoreanischen Regierung Empfehlungen erarbeiten, welche Erfahrungen der

außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung auf die Situation auf der koreanischen Halbinsel und deren nordostasiatischem Umfeld übertragen werden können. Ende Oktober vergangenen Jahres hatte sich das Beratergremium in Seoul im Beisein von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und seinem südkoreanischen Amtskollegen Yun Byong-se konstituiert. Das Gremium traf sich in Seoul zu seiner dritten Beratung, nach einem ersten Treffen am 31. Oktober 2014 in Seoul und einem weiteren Treffen am 5. Februar 2015 in Berlin. Nach den Beratungen haben die beiden Ko-Vorsitzenden Hartmut Koschyk MdB und Außenminister a. D. Han Sung-joo gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern des „Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ Bundespräsident Joachim Gauck und den südkoreanischen Außenminister

Yun Byong-se über die Beratungsergebnisse unterrichtet. Im Zentrum der 3. Sitzung des Beratergremiums stand die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien, vor allem nach den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Partei der Arbeit Nordkoreas in Pjöngjang, aber auch Aspekte des deutschen und europäischen Einigungsprozesses, der Rolle der KSZE, die menschliche Dimension im innerdeutschen Einigungsprozess sowie die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen.



NORDKOREANISCHE DELEGATION DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN BAYREUTH UND BERLIN

Wichtiger Austausch mit Fachleuten

Unter der organisatorischen Federführung der Hanns-Seidel-Stiftung und dessen Repräsentanten in Korea, Herrn Dr. Bernhard Seliger, nahm eine Gruppe von Mitarbeitern der Verwaltung der nordkoreanischen Obersten Volksversammlung und Mitglieder der Europaabteilung des nordkoreanischen Außenministeriums (Korea Europe Cooperation Coordinating Agency/KECCA) an einer Studienreise nach Brüssel, München, Bayreuth, Marktredwitz/Eger und Berlin zum Thema „Deutsche und Europäische Auswärtige Beziehungen und Föderalismus“ teil. In der Regierung von Oberfranken wurde die nordkoreanische Besuchergruppe ausführlich über die politische Struktur des Freistaates Bayern und die Rolle des Regierungsbezirkes Oberfranken informiert. Ebenfalls stand im Landratsamt Bayreuth ein Gespräch mit Detlev Schmidt von der regionalen Entwicklungsagentur über die Bioenergieregion Bayreuth und eine internationale Kooperation

im Bereich Bioenergie auf dem Programm. Auch konnte man sich an der IHK für Oberfranken mit Hauptgeschäftsführerin Christi Degen über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen oberfränkischer Unternehmen austauschen. In Marktredwitz besuchte man die EUREGIO EGRENSIS, um sich über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa und im deutsch-tschechischen Grenzraum zu informieren. Auch ein kurzer Besuch in Cheb/Eger sollte einen Eindruck von der Nähe zur Tschechischen Republik vermitteln. In Berlin führte die nordkoreanische Studiengruppe im Deutschen Bundestag auch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Hartmut Koschyk

MdB. Der anerkannte Korea-Experte Koschyk ist ebenfalls Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums und Ko-Vorsitzender des deutsch-koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung. Nächstes Jahr wird Prof. Ri Jong Hyok, Vorsitzender der koreanisch-deutschen Freundschaftsgruppe der Obersten Volksversammlung Nordkoreas, mit einer Delegation Deutschland besuchen.



HOCHSCHULE GEISENHEIM

Einheitswein

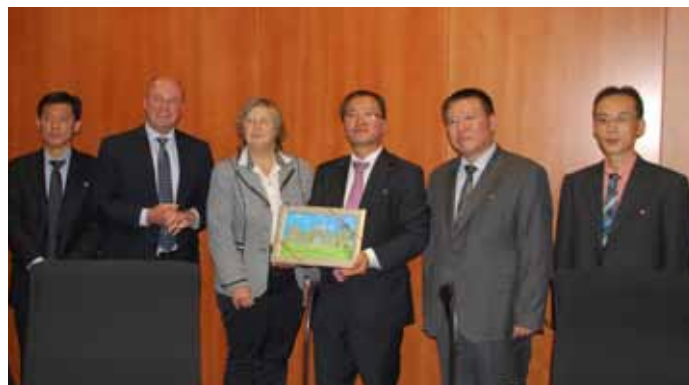
Im Rahmen des Besuches von Bundespräsident Joachim Gauck, der von Hartmut Koschyk MdB begleitet wurde, ist beim Mittagessen in der Residenz des südkoreanischen Außenministers Yun Byong-se ein ganz besonderer Wein ausgeschenkt worden: Der „Einheitswein“ der Hochschule Geisenheim. Anlässlich des Jubiläums 25 Jahre deutsche Einheit kreierten Studenten der Hochschule Geisenheim „Einheitswein“. Das Besondere: Es handelt sich jeweils um eine Rotwein- und Weißweincuvée aus allen 13 Anbaugebieten, die Vereinigung von Ost und West also im Glas. Offiziell vorgestellt wurde der Einheitswein am 3. Oktober bei der Feier zum 25-jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung in Frankfurt am Main. Beteiligt an dem Projekt waren Geisenheimer Studenten verschiedener Fachrichtungen vom Weinbau über Getränketechnologie bis zur internationalen Weinwirtschaft.



HOHE DIPLOMATEN NORDKOREAS IN BERLIN

Wichtige Gespräche

Nach dem Besuch des Regionalbeauftragten für Asien und Pazifik im Auswärtigen Amt, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Norbert Riedel, im Oktober dieses Jahres in Pjöngjang, wo er Gespräche im nordkoreanischen Außenministerium führte, fand in Berlin der Gegenbesuch des Leiters der Europaabteilung im nordkoreanischen Außenministerium, Herrn Kim Son Gyong (3. v. r.), statt. Im Rahmen des Besuchs führte der Leiter der Europaabteilung im nordkoreanischen Außenministerium, Herrn Kim Son Gyong, auch ein Gespräch mit der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages.



BEWÄLTIGUNG DER FLÜCHTLINGSSTRÖME

„Nationale Kontingente erforderlich!“



Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein gemeinsames Vorgehen in Europa eingefordert. In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2016 im Deutschen Bundestag machte Merkel deutlich: „Eine simple Abschottung wird das Problem nicht lösen. Wir brauchen die Europäische Union als Ganzes.“ Als einen möglichen Schritt, den Zustrom an Flüchtlingen zu steu-

ern und zu ordnen, nannte sie „legale Kontingente“. Letztlich gehe es darum, „die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren“, betonte sie. Auch der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer MdB, machte deutlich, dass die Zahl der Flüchtlinge reduziert werden müsse. Mayer wörtlich: „Das beschlossene Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist ein weiterer Schritt für eine Reduzierung des Flüchtlingsstroms. Hierfür ist der strikte Schutz der EU-Außengrenzen unbedingte Voraussetzung. Das klare Bekenntnis der

Koalition hierzu und zur Beendigung von illegaler Schleusung und Migration sind Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Reduzierung der Migrationszahlen. Hierzu wird auch die intensivierete Zusammenarbeit mit der Türkei im Rahmen einer gemeinsamen Migrationsagenda und die Verstärkung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX beitragen können.“ Der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk MdB pflichtet dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei und erklärte: „Die Anzahl der Flüchtlinge, die zurzeit nach Deutschland kommt, ist viel zu hoch. Ich stimme daher meinem CSU-Bundestagskollegen und innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer MdB, zu, der erklärte, dass dauerhaft die Zahl der Menschen, die wir im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention aufnehmen sollten, deutlich unter 500.000 Personen pro Jahr liegen sollte. Auch muss es verbindliche Aufnahmekontingente für alle Mitgliedstaaten der EU geben.“

RENTENVERSICHERUNGSBERICHT 2015 VERABSCHIEDET

Stabile und verlässliche Renten

Die Bundesregierung hat den Rentenversicherungsbericht 2015 verabschiedet. Im nächsten Jahr steht die größte Rentenanpassung seit der Jahrhundertwende an. Die Bezüge der Rentnerinnen und Rentner werden voraussichtlich um vier bis fünf Prozent erhöht. Gleichzeitig bleibt der Rentenbeitrag im Jahr 2016 stabil bei 18,7 Prozent und kann voraussichtlich bis zum Jahr 2020 unverändert auf diesem Niveau gehalten werden. Mit einer Nachhaltigkeitsrücklage von fast 34 Milliarden Euro zum Jahresende 2015 steht die Rentenkasse auf solidem finanziellem Fundament. Das zeigt: Die beschlossenen Leistungsverbesserungen, für die sich CDU und CSU im letzten Jahr eingesetzt haben, vor allem die Mütterrente, waren nicht nur in der Sache richtig, sondern auch finanziell verantwortbar. Die gesetzliche Rente

wird auch in Zukunft die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland bleiben. Die gute Finanzlage der Rentenversicherung erlaubt es, den historisch niedrigsten Beitragssatz seit 20 Jahren für einen längeren Zeitraum als bisher geglaubt beizubehalten. Das ist die wichtigste Botschaft des Rentenversicherungsberichts 2015, den die Bundesregierung verabschiedet hat. Erst Anfang 2015 war der Beitragssatz von 18,9 Prozent um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 Prozent gesenkt worden. Und erst 2021 soll der Beitrag nach derzeitiger Einschätzung wieder auf 19,3 Prozent steigen. Der letzte Rentenversicherungsbericht vor einem Jahr war

noch davon ausgegangen, dass bereits 2018 der Beitrag zur Gesetzlichen Rentenversicherung wieder ansteigen muss. Die unionsgeführte Bundesregierung steht unverändert für eine generationengerechte Rentenpolitik. Die ältere Generation kann auf ihre Rente vertrauen, gleichzeitig wird die junge Generation nicht überfordert.



BESUCHERGRUPPEN AUS DEM WAHLKREIS BESUCHEN BERLIN

Informationen aus erster Hand!

Auch in den vergangenen Monaten führte Hartmut Koschyk MdB verschiedene Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt Berlin durch. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises nutzten die Gelegenheit (*Bilder links*), um sich in Berlin aus erster Hand über die Arbeit von Hartmut Koschyk MdB zu informieren und in verschiedenen Ministerien die Arbeit der Bundesregierung erläutert zu bekommen. Neben dem Besuch einer

Plenarsitzung oder eines Informationsvortrages im Deutschen Bundestag besuchten die Besuchergruppen u. a. das Bundesministerium des Innern, die Gedenkstätte Hohenschönhausen, den Sitz des Bundesnachrichtendienstes in Berlin, die Landesvertretung des Freistaates Bayern in Berlin und wurden bei Stadtrundfahrten über die Stadt Berlin informiert. Im Rahmen dieser Informationsbesuche haben die Bürgerinnen und

Bürger aber auch die Möglichkeit erhalten, die Bundeshauptstadt Berlin auf eigene Faust zu erkunden. Auch Schüler erkunden immer wieder die Bundeshauptstadt. In den vergangenen Monaten konnte Hartmut Koschyk MdB unter anderem zum Beispiel Schülerinnen und Schüler der Johannes-Kepler-Realschule (*Bild in der Mitte*) und eine polnische Schülergruppe zu einer Diskussion im Deutschen Bundestag begrüßen. (*Bild rechts*).



PRAKTIKANTINNEN ELENA MAIER UND LEA BERNT

Hinter den Kulissen in Berlin



In regelmäßigen Abständen bietet Hartmut Koschyk MdB Jugendlichen seines Wahlkreises die Möglichkeit, im Rahmen eines Praktikums im Deutschen Bundestag hinter die Kulissen der politischen Arbeit in Berlin zu blicken. Nun begleiteten Elena Maier (*Bild links*) und Lea Bernt (*Bild rechts*) Hartmut Koschyk MdB vier bzw. zwei Wochen bei seiner Arbeit in Berlin. Nach Abschluss des Praktikums resümierte Elena Maier: „Ich bin für diese Erfahrungen, die ich

während meines vierwöchigen Praktikums sammeln durfte, sehr dankbar. Für meinen weiteren Lebensweg kann ich viele Kenntnisse nutzen und konnte ein besseres Verständnis erlangen, wie die politischen Abläufe hinter den Kulissen von statten gehen.“ Auch Lea Bernt blickte mit Dankbarkeit auf ihr zweiwöchiges Praktikum im Deutschen Bundestag zurück: „Insgesamt fand ich meine Zeit im Bundestag sehr interessant und lehrreich und würde auch

jedem ein solches Praktikum empfehlen, sei es aus reinem Interesse an der Arbeitsweise oder im Rahmen eines Pflichtpraktikums, empfehlen.“

Auch im Jahr 2016 bietet Hartmut Koschyk MdB jungen Menschen seines Wahlkreises die Möglichkeit zu einem Praktikum im Deutschen Bundestag oder im Wahlkreis Bayreuth-Forchheim an. Interessierte melden sich unter der Rufnummer 0921/76430-15.

BOTSCHAFTER DER UKRAINE

Wichtige Gespräche

Hartmut Koschyk MdB ist in Berlin mit dem Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, S.E. Herrn Dr. Andrij Melnyk, zu einem ausführlichen Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Botschafter Melnyk dankte Bundesbeauftragtem Koschyk für sein Engagement für die deutsche Minderheit in seinem Land und für die Ukraine insgesamt. Die ukrainische Regierung betrachte alle Minderheiten als Bereicherung des Landes und möchte diese auch in schwierigen Zeiten fördern. Koschyk hob die Leistungen des Rates der Deutschen in der Ukraine unter ihrem jungen Vorsitzenden Wolodymyr Leysle hervor, dessen Angebote wie Sprachkurse nicht nur von der deutschen Minderheit, sondern von der gesamten Bevölkerung genutzt werden. Die deutsche Minderheit in der Ukraine stellt eine wichtige Brücke zwischen beiden Ländern und Völkern dar.



BOTSCHAFTER DER REPUBLIK RUMÄNIEN

Beziehungen ausbauen

Zu einem Meinungs- und Informationsaustausch haben sich der neue Botschafter der Parlamentarischen Republik Rumänien in Berlin, S.E. Emil Hurezeanu, und Hartmut Koschyk MdB getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die vorbildliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Rumänien in Fragen der deutschen Minderheit sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes in Europa. In die Regierungskommission sind auf rumänischer Seite auch die Vertreter der deutschen Minderheit in Rumänien sowie auf deutscher Seite die Vertreter der Landsmannschaften der Deutschen aus Rumänien einbezogen. Koschyk und Botschafter Hurezeanu versicherten, die gute Zusammenarbeit Deutschlands und Rumäniens weiter auszubauen und zu stärken.



DEUTSCHER BUNDESTAG VERABSCHIEDET GESETZ ZUR STERBEBEGLEITUNG

Garantierte Würde und Selbstbestimmung

Mit großer Mehrheit wurde der von Hartmut Koschyk MdB mitgezeichnete Gesetzentwurf vom Deutschen Bundestag angenommen, der die Entwicklung der Beihilfe zum Suizid (assistierter Suizid) zu einem Dienstleistungsangebot der gesundheitlichen Versorgung verhindert. Assistierter Suizid (Beihilfe zum Suizid) ist die Hilfe bei der Selbsttötung, beispielsweise durch das Bereitstellen eines Giftes, das der/die Suizident/-in selbst zu sich nimmt. Suizid ist nicht verboten, dementsprechend ist Beihilfe zum Suizid nicht strafbar. Der von mir mitgezeichnete Gruppenantrag, der vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, beinhaltet, im Gegensatz zu den Entwürfen anderer Gruppen, weder weitreichende neue Strafbarkeiten wie ein Totalverbot noch lässt er eine

Öffnungsklausel für eine Ausweitung des ärztlich assistierten Suizids zu. Ich stimme mit dem Präsidenten des Zentralkomitees Deutscher Katholiken Alois Glück überein, dass dieser Antrag beim Thema Sterben in Würde unausweichlichen Spannungen zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und dem grundgesetzlichen Gebot des Lebensschutzes mit Umsicht und Augenmaß gerecht wird. Das christliche Menschenbild ist für mich die entscheidende Grundlage auch im Ringen im Bereich der Selbstbestimmung und des Lebensschutzes. Daher lehne ich jegliche organisierte sowie gewerbsmäßige Suizidbeihilfe in Deutschland ab und habe den fraktionsübergreifenden Gruppenantrag zur „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ mitgezeichnet. Die

Beihilfe zum Suizid darf nicht zu einem Dienstleistungsangebot der gesundheitlichen Versorgung werden. Gleichzeitig halte ich es für richtig, dass der Gruppenantrag das enge Näheverhältnis in Familien berücksichtigt und Angehörige und nahestehende Personen, die als Teilnehmer selbst nicht geschäftsmäßig handeln, von der Strafbarkeit ausgenommen werden.



VERANSTALTUNG MIT BUNDESINNENMINISTER THOMAS DE MAIZIERE

Heimat – Identität – Glaube



Unter dem Motto „Heimat – Identität – Glaube“ haben der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière MdB, und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit Repräsentanten der Aussiedler in Deutschland, der nationalen Minderheiten in Deutschland, der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft, der Kirchen, des Sports und der Kultur eingeladen. In seiner Eröffnungsrede ging Bundesinnenminister Dr. Thomas

de Maizière zum Teil sehr persönlich auf seine Empfindung für Heimat, Identität und Glaube ein. De Maizière zitierte den Kulturwissenschaftler Heinz Schilling, der Heimat als „eine Sehnsuchtslandschaft der Gefühle“ beschreibt. Er ging weiter darauf ein, wie sich Heimat verändern und wie man eine alte und neue Heimat erleben kann und welche gesellschaftliche Verantwortung er in diesem Zusammenhang sieht, gerade auch jetzt, wo Millionen Menschen auf der Flucht sind. De Maizière schloss seine Rede mit den Worten: „Auf eine gewisse Weise haben Sie, die Aussiedler, die deutschen Minderheiten und die nationalen Minderheiten in Deutschland diese Auseinandersetzung mit Identität, Tradition und Sprache vorge-macht“. Anna Ronin, Redakteurin des oberschlesischen deutschsprachigen „Radio Mittendrin“ in Ratibor/Racibórz, Polen, und Danko Handrick, MDR-Chefreporter und Angehöriger der sorbischen Minderheit in Deutschland führten die Teilnehmer durch eine

Deutschland-, GUS-, und Europareise. Koschyk: „Ich freue mich sehr, dass ich gemeinsam mit dem Bundesinnenminister eine so erfahrungsreiche Veranstaltung durchführen konnte und Vertreter der Aussiedler in Deutschland, der nationalen Minderheiten in Deutschland, der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten so zahlreich begrüßen konnte. Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen lege ich in meiner Arbeit immer einen Schwerpunkt auf den Dreiklang von Heimat – Identität – Glaube. Fehlt einer dieser Laute, geht die ganze Harmonie verloren.“



FILMPREMIERE UND PODIUMSDISKUSSION

„Tschüss auf Russisch“



Kasachstan Anfang der 90er Jahre: In Deutschland ist die Mauer gefallen, in der Sowjetunion sorgt Gorbatschows Glasnost-Politik für große Umbrüche. Als Folge bricht eine Vielzahl deutscher Aussiedler nach Deutschland auf. Aus diesem Stoff hat die aus Kasachstan stammende Regisseurin Anna Hoffmann den cineastisch hervorragenden und sehr einfühlsamen Film »POKA – heißt Tschüss auf Russisch« geschaffen. Hartmut Koschyk MdB würdigte den Film im Anschluss an die Vorführung als einen ganz bedeutenden Beitrag zur künstlerischen Aufarbeitung der jüngeren und gesamtdeutschen Geschichte. Er belege, dass die Aufnahme und Integration der Aussiedler nicht nur einen sozialen und einen wirtschaftlichen, sondern auch einen kulturellen Aspekt besitze, der unverzichtbar sei.

BOTSCHAFTER DER REPUBLIK UNGARN

Gute Beziehungen

Unmittelbar nach seiner Berufung zum Botschafter der Republik Ungarn in Berlin hat S.E. Dr. Peter Györkös Hartmut Koschyk MdB zu einem Meinungs- und Informationsaustausch getroffen. Im Vordergrund stand die gute Entwicklung der Lage der deutschen Minderheit in Ungarn, die sich durch beispielhafte Selbstverwaltungsstrukturen auszeichne. Koschyk würdigte dazu auch das große Engagement der deutschen Minderheitenvertreter Ungarns für die deutschen Minderheiten insgesamt. Mit Éva Adél Pénczes, die das Büro der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in Berlin leitet und dem AGDM-Vorsitzenden Koluman Brenner, bringe sich die deutsche Minderheit in Ungarn engagiert und vorbildlich in die gesamte Gemeinschaft der deutschen Minderheit in Europa und den GUS-Staaten ein.



KOSCHYK TRIFFT BISCHOF DER DIÖZESE OPPELN

Offene, aufgeschlossene Identität

Hartmut Koschyk MdB ist in Berlin mit dem Bischof von Opoln/Opole, S.E. Dr. phil. habil. Andrzej Czaja zu einem Informations- und Meinungsaustausch zusammengekommen. Der Bischof wurde begleitet vom Diözesan-Beauftragten für die deutschsprachige Seelsorge, Dr. Piotr Tarlinski, dem Direktor der Finanz- und Wirtschaftsabteilung der Diözese, Prälat Ginter Żmuda, sowie seinem Persönlichen Sekretär Joachim Kobienia. Koschyk informierte die Gäste aus Oberschlesien über den Stand der Verhandlungen des „Runden Tisches zu Fragen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland“. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass nach den Parlamentswahlen und der Regierungsneubildung die Verhandlungen baldmöglichst wieder aufgenommen werden können. Bischof Czaja gab dem Bundesbeauftragten einen Überblick über die Seelsorge

der katholischen Kirche für die ebenfalls mehrheitlich katholische deutsche Minderheit in seiner Diözese. Die Menschen in der europäischen Kernregion Oberschlesien hätten eine „offene, aufgeschlossene Identität“, die all ihre angestammten Bewohner unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit einbezöge. Hartmut Koschyk verwies auf die Botschaft Papst Johannes Pauls II. zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1989 – „Frieden schaffen, Minderheiten achten!“

–, wonach die Achtung der Minderheiten „[...] als der Prüfstein für ein harmonisches gesellschaftliches Zusammenleben und als Beweis für die von einem Land und seinen Einrichtungen erreichte gesellschaftliche Reife angesehen werden [müsse].“
Das Bild zeigt: Bischöflicher Sekretär Joachim Kobienia, Pfarrer Dr. Piotr Tarlinski, Bischof Dr. Andrzej Czaja, Hartmut Koschyk MdB, Prälat Ginter Żmuda und Unterabteilungsleiter Dr. Thomas Herzog (BMI).



GESPRÄCHE MIT IFA-INSTITUT

Kulturbeziehungen

Hartmut Koschyk MdB hat den Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Ronald Grätz, zu einem strategischen Meinungs- und Informationsaustausch getroffen. Einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bilden Maßnahmen der verständigungspolitischen und grenzüberschreitenden Aussiedler- und Minderheitenpolitik. Das ifa fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Es initiiert, moderiert und dokumentiert Diskussionen zu internationalen Kulturbeziehungen. *Das Bild zeigt: Hartmut Koschyk gemeinsam mit dem Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Ronald Grätz (rechts) und Ifa-Abteilungsleiter, Urban Beckmann (links).*



ALTÖSTERREICHISCHE LANDSMANNSCHAFT

Intensiver Austausch

Nach seinem Besuch am 22. Juni 2015 in Wien, wo er unter anderem auch das „Haus der Heimat“, den Sitz des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ), besucht hat, ist Hartmut Koschyk mit dem Generalsekretär des Verbandes der altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich, Herrn Norbert Kapeller, in Berlin zu einem Gespräch zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die derzeitige Situation der deutschsprachigen Gemeinschaft in Slowenien. Sie ist bislang von slowenischer Seite noch nicht als Minderheit anerkannt. An dem Gespräch nahm ebenfalls der zuständige Unterabteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Herr Dr. Thomas Herzog, teil. *Das Bild zeigt: Hartmut Koschyk MdB Generalsekretär Norbert Kapeller mit Ehefrau Bettina Kapeller-Schramm und Dr. Thomas Herzog, Unterabteilungsleiter im BMI (rechts).*



BEWÄLTIGUNG DER FLÜCHTLINGSSTRÖME

„Großartiger ehrenamtlicher Einsatz!“



Die Aufnahme und Unterbringung der vielen zehntausend Geflüchteten stellt Deutschland und auch unsere Region derzeit vor große Herausforderungen. Diese sind nicht allein durch Behörden und die in diesem Bereich beruflich Aktiven zu bewältigen. Das beeindruckende ehrenamtliche Engagement unzähliger Menschen ist deshalb auch in unserer Region ein immens wichtiger Baustein der Flüchtlingshilfe.

Ziel der Bundesregierung ist es, diejenigen zu unterstützen, die sich vor Ort für ein solidarisches Miteinander aller und die Integration der Flüchtlinge einsetzen. Das geschieht auf vielfältige Art und Weise. Viele Menschen leisten spontan Hilfe: bringen Lebensmittel, Bekleidung, Spielsachen, Hygieneartikel in Aufnahmeeinrichtungen. Andere engagieren sich längerfristig und versuchen, einen gewissen Mindeststandard an Organisation zu schaffen: Sie helfen in der Kleiderkammer, bei der Verteilung von Nahrungsmitteln oder bei Behördengängen. Auch Flüchtlinge selbst engagieren sich für Flüchtlinge. So arbeiten Asylsuchende ehrenamtlich in Wartezentren und Notunterkünften mit. Sie engagieren sich als Sprachmittler und zum Teil auch als Kultur-Vermittler. Auch die organisierte

Flüchtlingshilfe in Deutschland ist vielfältig und in weiten Teilen ehrenamtlich. Angefangen beim Bau und der Einrichtung von Unterkünften über die Organisation ihres Betriebes, die Essensversorgung bis hin zur sozialen Betreuung und medizinischen Versorgung: Vielfach sind es Ehrenamtliche, die den Flüchtlingen hier helfen. Die Organisationen des Bevölkerungsschutzes, das DRK, das THW und die Freiwilligen Feuerwehren – um nur einige zu nennen – sind mehrheitlich getragen durch Ehrenamtliche. Die Organisationen engagieren sich erheblich, sowohl finanziell als auch personell. Die Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entwickelt sich für diese Organisationen mittlerweile zum größten und längsten Einsatz ihrer Geschichte.

DEUTSCHE MINDERHEIT UND LANDSMANNSCHAFT ANERKENNUNG VON BERUFSABSCHLÜSSEN

Fruchtbarer Dialog



Auf Initiative von Hartmut Koschyk MdB haben sich nach jeweils getrennten Beratungen im eigenen Kreis der Vorstand des Verbandes der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und Vertreter des „Ständigen Rates der ostdeutschen Landsmannschaften“ erstmals zu einem offiziellen Gespräch in Berlin getroffen. Der Ständige Rat der ostdeutschen Landsmannschaften verabredete mit dem VdG einen engeren Meinungs- und Gedankenaustausch. Beide Seiten waren sich einig, dass Ständiger Rat und VdG ihre unterschiedlichen Aufgaben jeweils eigenständig wahrnehmen müssen. Gemeinsame Interessen gibt es beispielsweise auf dem Gebiet der Erhaltung und Pflege der deutschen Kultur und Geschichte in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen und der heimatverbliebenen Deutschen. Hier könnten gemeinsame Projekte mit Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durchgeführt werden.

Weitere Verhandlungen

Aussiedler sind verglichen mit anderen Zuwanderungsgruppen bereits vor ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland in der Regel beruflich gut qualifiziert. Allerdings stellt die notwendige Anerkennung der Berufsabschlüsse in Deutschland eine Hürde dar, so dass gut ausgebildete Aussiedler in der Vergangenheit vielfach keinen oder nur einen Beruf mit geringeren Qualifikationsanforderungen fanden. Dadurch wurde wertvolles Potenzial verschenkt. Die Anerkennung beruflicher Abschlüsse von Aussiedlern wurde in bestimmten Fällen bereits in der Vergangenheit durch einschlägige Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) erleichtert. Spätaussiedler profitieren seit April 2012 auch vom Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, das sich allerdings nur auf die Berufe bezieht, die durch rechtliche Vorgaben des Bundes geregelt sind. *Das Bild zeigt von links: Dr. Manfred Michel (BMD), Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Parl. Staatssekretär Stephan Müller MdB, Ralf Maier (BMBF), Maja Rentrop-Klewitz (BMBF), Heinrich Zertik MdB*



24. JAHRESTAGUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER MINDERHEITEN (AGDM)

Gespräch mit Bundesminister Steinmeier



Zur Beratung von Fragen der Unterstützung der deutschen Minderheiten im östlichen Europa und in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, die v.a. das Auswärtige Amt betreffen, sind die Vertreter der in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) zusammengeschlossenen Selbstorganisationen sowie deren Jugendvertreter in Begleitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut

Koschyk MdB, mit führenden Beamten dieses Ressorts zusammengetroffen. Eindeutiger Höhepunkt dieser Beratungen war das Treffen mit Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, der kurz zuvor im Deutschen Bundestag die Ziele der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz im Jahr 2016 vorgestellt hatte. Schon zuvor hatte Steinmeier erklärt, dass der Schutz der Rechte nationaler Minderheiten einer der Schwerpunkte des deutschen OSZE-Vorsitzes sein wird. Zuvor hatte schon der Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Auswärtige Kulturpolitik, Auslandsschulen und Netzwerk Deutsch, Vortragender Legationsrat I. Klasse Michael Reifentuel, die hohe Bedeutung unterstrichen, die das Auswärtige Amt der Arbeit für die deutschen Minderheiten beimisst. Die doppelte Brückenfunk-

tion deutscher Minderheiten – als Vermittler zwischen Heimatstaat und Deutschland sowie als Akteur in zivilgesellschaftlichen Prozessen – würde immer wichtiger, weil sich die Außenpolitik immer mehr von einer Außenpolitik der Staaten zu einer Außenpolitik der Gesellschaften wandle, wie es der verstorbene Soziologe Ralf Baron Dahrendorf formuliert hatte. Der Sprecher der AGDM Dr. Koloman Brenner dankte Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier für die Einladung ins Auswärtige Amt. Für eine Revitalisierung der deutschen Sprachkenntnisse bei den Angehörigen der deutschen Minderheiten seien wenigstens bilinguale Bildungsangebote notwendig. Hier seien die deutschen Minderheiten auf die Unterstützung durch die Bundesregierung angewiesen. Brenner verwies darauf, dass die Angehörigen der deutschen Minderheiten Botschafter der deutschen Sprache und Kultur, ja Deutschlands, seien.

DT.-KASACHISCHE REGIERUNGSKOMMISSION

Hohe Wertschätzung



Im Oktober fand in Astana die 13. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission statt, die sich mit den Angelegenheiten der ethnischen Deutschen der Republik Kasachstan befasst. Die Sitzung wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Herrn Hartmut Koschyk MdB, und dem zuständigen Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, Herrn Dr. Alexey Volkov (*links*), als Ko-Vorsitzender geleitet. Im Abschlusskommuniqué der 13. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission für die ethnischen Deutschen der Republik Kasachstan zog die Kommission eine positive Bilanz der im Jahr 2015 durchgeführten Fördermaßnahmen zugunsten der Kasachstandeutschen. Sie stellte fest, dass die Unterstützung insbesondere in den Bereichen Kultur-, Jugend-, Sprach- und Begegnungsstättenarbeit einen wesentlichen Beitrag zur weiteren ethnokulturellen Entwicklung der Kasachstandeutschen geleistet hat.

REISE NACH KASACHSTAN

Würdiges Gedenken

Im Rahmen seines Kasachstanbesuches hat Hartmut Koschyk MdB die Gedenkstätte und das Museum auf dem Gelände des ehemaligen Fraueninternierungslagers Alshir in Akmol bei Astana besucht. Gemeinsam mit den begleitenden Mitgliedern des Deutschen Bundestages Karin Strenz, Stephan Mayer, Heinrich Zertik und Dr. Philipp Lengsfeld und weiteren Delegationsmitgliedern zeigte sich Koschyk tief beeindruckt von der Gedenkstätte, in der vor allem während der stalinistischen Zeit in der Sowjetunion tausende Frauen aber zum Teil auch Kinder interniert waren, darunter auch zahlreiche Russlanddeutsche Frauen. *Das Bild zeigt den Gedenkstein der Bundesrepublik Deutschland im ehemaligen Frauen-Internierungslager in Akmol in Kasachstan, in dem auch viele russlanddeutsche Frauen und Kinder grausam gelitten haben.*





KONZERT MIT LUDWIG GÜTTLER IN DER ST. BARTHOLOMÄUS-KIRCHE IN PEGNITZ

Festliche Musik in farbiger Folge

Es war ein unumstrittener Höhepunkt im vorweihnachtlichen Konzertreigen der Region: die „Sächsische Bläserweihnacht“ mit dem weltbekannten Startrompeter Ludwig Güttler und seinem Ensemble in der St. Bartholomäus-Kirche, zu der knapp 500 Besucherinnen und Besucher eilten. Der Trompetenvirtuose und seine Musiker begaben sich dabei auf eine Zeitreise durch mehrere Jahrhunderte, führten Instrumentalsätze verschiedenster Herkunft und Entstehungszeit auf und ließen festliche Musik in farbiger Folge erklingen. Abseits von Weihnachtskitsch und hektikaler barocke Glanz von verschiedenen Posaunen, Trompeten, Hörnern, einer Tuba und von Pauken zur Besinnung, zur Einstimmung und Vorfreude auf das Weihnachtsfest ein. Den Weg vom Advent bis Weihnachten flankieren in dramaturgisch kluger Wahl fast zwei Dutzend Stücke, die Ludwig Güttler für sein Ensemble eingerichtet hatte. Advents- und Weihnachtslieder wie „Es ist ein Ros entsprungen“, „In dulci jubilo“, „Vom Himmel hoch“ oder „Nun komm der Heiden Heiland“ wurden in vielfältigen Variationen von den unterschiedlichsten Komponisten aufgegriffen. So standen bei der „Sächsischen Bläserweihnacht“ in Pegnitz Werke aus der Renaissance- und Barockzeit auf dem Programm. Ludwig Güttler spielte dabei meist nicht nur selbst überaus geschmeidig und technisch erstklassig die führende Stimme auf der Trompete oder dem aus dem Jagdhorn hervorgegangenen Corno da caccia, das Güttler selbst wiederentdeckt und perfektioniert hatte. Vielmehr leitete er auch mit sparsamen

Bewegungen sporadisch das Ensemble. Höchst akkurat und mit größtmöglicher Perfektion musizieren die elf erstklassigen Bläser mit Ludwig Güttler als „Primus inter pares“. Wohl wissend, dass er der Weltstar ist, spielt er weder die dominante Solo-Hauptrolle noch gibt er den Hochglanzvirtuosen. Stattdessen erklingt ein perfekt ausgewogenes Wechselspiel zwischen Soli- und Tutti-Blöcken mit einem noblen Klangreichtum und einer Ausdrucksskala, die von brillantem Spiel bis ins Lyrische hinein reicht. Den Kontakt zu dem Superstar der klassischen Musik hat Hartmut Koschyk MdB hergestellt. Er hatte auch die Schirmherrschaft für das Konzert übernommen. Sein Abgeordnetenkollege Klaus Brähmig aus Pirna bei Dresden ist Vorsitzender des Trägervereins beim dortigen Musikfestival „Sandstein und Musik“, dessen künstlerischer Leiter wiederum Ludwig Güttler ist. Koschyk sprach von einer wunderbaren Einstimmung auf den Advent und von einem einmaligen Konzerterlebnis. Dekan Dr. Gerhard Schoenauer hatte in seiner Begrüßung bekannt, dass er sich eine so gut gefüllte Kirche öfter wünschen würde. „Musik möge uns anrühren in dieser Adventszeit und vorbereiten auf das große Fest“, sagte Schoenauer. Koschyk dankte am Ende des fabelhaften Konzertes Dekan Schoenauer und der Evangelischen Kirchengemeinde Pegnitz, ohne die das Konzert ebenso wenig realisierbar gewesen wäre, wie ohne die finanziellen Unterstützer, die Sparkasse Bayreuth und die KSB Pegnitz, sowie dem Medienpartner Nordbayerische Nachrichten.



Koschyks
politische Korrespondenz



IMPRESSUM

Herausgeber:
Hartmut Koschyk MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
e-Mail: hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Straße 5, 95445 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0

Mail: hartmut.koschyk.wk@bundestag.de
Redaktion:
**Patrick Lindthaler, Thomas Konhäuser,
Stephan Herbert Fuchs**

 www.koschyk.de